

KLARE VERHÄLTNISSE. ÜBER MANCH IRRWEGE UND FALSCHER RELATIONEN IN DER ENERGIEWENDE- DISKUSSION

Die politisch heftig umstrittene sog. Energiewende in Deutschland hinterlässt auch ihre Spuren in Österreich. Wie schon zuletzt beschrieben wird die Debatte rund um Kosten und Barrieren des Ausbaus erneuerbarer Energie auch hierzulande genutzt, um Stimmung gegen die Energiewende im Strombereich zu machen. Und tatsächlich ist es so, dass die Systemintegration der Erneuerbaren in die Stromversorgung einige Fragestellungen mit sich bringt, die zu lösen sind. Darum geht es in diesem Beitrag aber nicht. Sondern es geht um das Kernargument vieler Energiewendegegner, die gegen eine Kostenlawine durch Strom aus Erneuerbaren wettert.

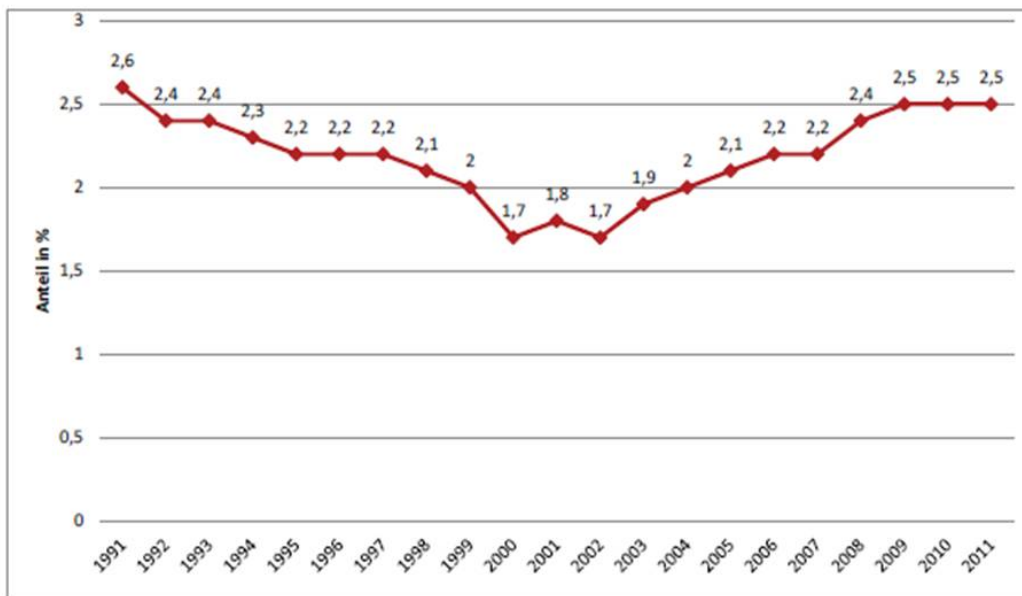
Ein genauerer Blick zeigt, wie sehr mit einseitigen Relationen, falschen Argumenten, aber auch bewusst gesetzten Spins die Debatte beeinflusst wird. Die Diskussion orientiert sich in hohem Maße an Deutschland, wo der tatsächlich deutlich höhere Ökostromzuschlag (EEG-Umlage 5,3 ct/kWh im Jahr 2013) spürbarer ist als z.B. in Österreich. Hier sind die durchschnittlichen Kosten für den Haushalt um zwei Drittel geringer. Dennoch: Mehrere Energieversorger (allen voran der Verbund), die sozialpartnerschaftlich organisierten Interessensvertreter wie die IV und die AK wettern gegen den Ökostrom als großes Kostenproblem. Schaut man sich jedoch die Verhältnisse an, sieht man, dass wir ein ganz anderes Energiekostenproblem haben als den Ökostromzuschlag. Ein Blick nach Deutschland:

Anteil der Stromkosten wie vor 20 Jahren

Wie Andreas Löschel, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg und tätig am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), kürzlich bei einem Vortrag in Wien erläuterte, betragen die Gesamtausgaben für Elektrizität in Deutschland (inkl. Abgaben und EEG-Umlage aber ohne MWSt) im Jahr 2011 63,3 Milliarden Euro. Dieser Betrag ist nach dem Preisverfall kurz nach der Liberalisierung der Strommärkte zuletzt tatsächlich wieder signifikant gestiegen (2012 Richtung 70 Mrd Euro), aber in Relation zum BIP liegt dieser Anteil auf ungefähr dem gleichen Niveau wie vor 20 Jahren. Löschel sieht übrigens einige Aspekte der sog. Energiewende kritisch, in diesem Punkt verweist er aber richtigerweise auf die Relationen, welche die Kostensituation deutlich weniger dramatisch zeigen als öffentlich kommuniziert wird.

Auf Seite 100 der Stellungnahme der Expertenkommission zum 1. Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ ist dies graphisch erfasst:

Abb. 7-2: Anteil der aggregierten Letztverbraucher Ausgaben für Elektrizität am Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1991 bis 2011



Quellen: [Destatis, 2012g], [Destatis, 2012h] (Eigene Darstellung)

Klar, dieser Anteil wird weiter steigen, aber es relativiert sich doch etwas, wenn man ständig das mediale Pauken über das Ökostromdesaster zu hören bekommt. Wir reden von aktuell 2,5% und vielleicht in naher Zukunft von 3% Anteil am BIP. Für den gesamten Strombereich!

Strom ist ein relativ kleiner Faktor bei Haushaltsausgaben

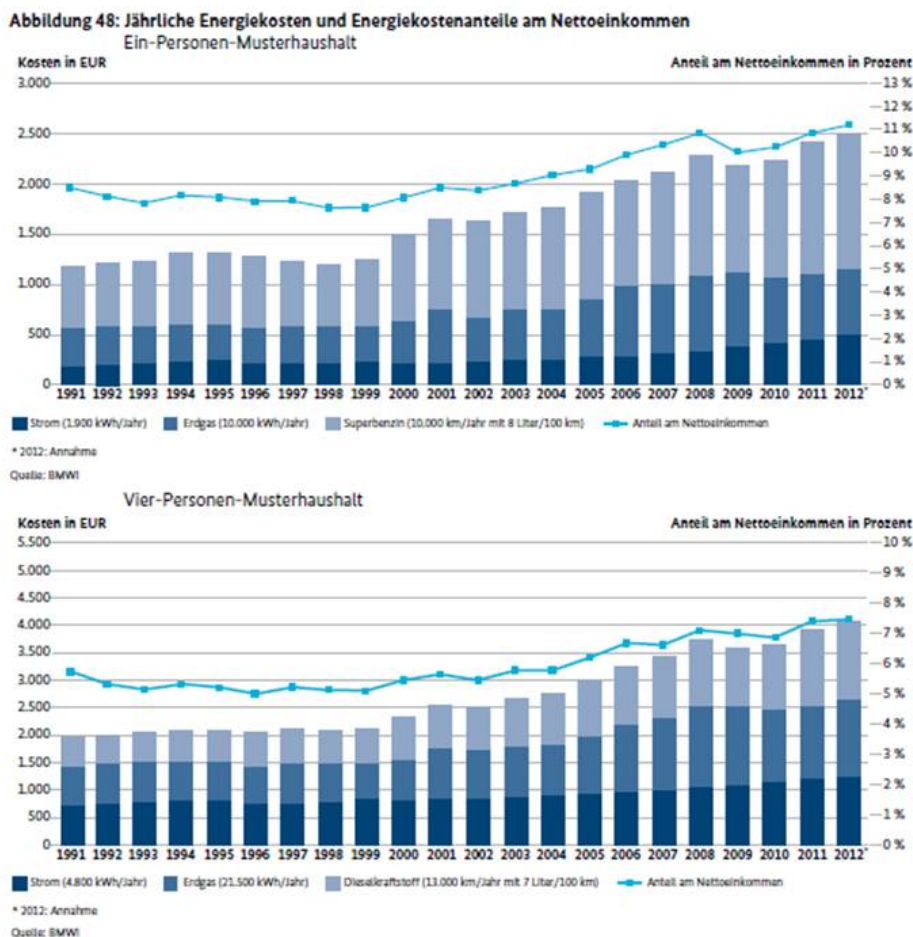
Aufgrund des ungleichen Verhältnisses zwischen Industrie und Haushalten bei der EEG-Umlage (viele Industriezweige haben Ausnahmegenehmigungen) ist es insbesondere vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Energiearmutsdiskussionen wert, einen Blick auf die Kostenstruktur von Haushalten zu werfen.

Der Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) in Deutschland hat die Verhältnisse gut aufbereitet:

Der Strompreis ist in den vergangenen Jahren für Industrie- und Gewerbekunden ungefähr gleich geblieben (siehe Graphik). Bei Haushaltskunden hingegen ist er im selben Zeitraum von ca. 20ct/kWh auf durchschnittlich 24 ct/kWh gestiegen. Man sieht also die innere Verhältnismäßigkeit der Kostenaufteilung. Der Strompreis für stromintensive Industriegesellschaften ist übrigens in den letzten Jahren sogar leicht gesunken. Insofern könnte man die Warnungen etwa der Arbeiterkammer vor Entwicklungen wie in Deutschland sogar verstehen. Wenn da nicht noch ein anderer maßgeblicher Faktor wäre:

Die Stromkosten machen bei durchschnittlichen Haushalten zwischen ca. 2 Prozent (Ein-Personen-Haushalt) und 3 Prozent (Vier-Personen-Haushalt) am Nettoeinkommen aus. Bei einkommensschwachen Haushalten liegt der Anteil zwischen 3 und rund 4 Prozent.

Heißt das, dass die Energiekosten irrelevant sind für das Haushaltseinkommen? Nein. Denn bei deutschen Durchschnittsverdienern beträgt der Anteil der Energiekosten am Jahresnettoeinkommen zwischen 7 und 11%. Bei niedrigen Einkommen zwischen 10 und 16%. Man sieht eines wieder mal: Der Strom macht den kleinsten Anteil der Energiekosten aus. Die liegen in erster Linie bei der Raumwärme und vor allem bei den Treibstoffkosten. Jeder zweite Haushalt ist in Deutschland übrigens gasversorgt. Hier die zwei dazugehörigen Graphiken, aus denen ich die oben genannten Stromanteile berechnet habe:



Hier die Graphik mit den einkommensschwachen Haushalten, ebenso aus dem Monitoringbericht der deutschen Bundesregierung.

Wie Spiegel Online kürzlich berichtet, hat sich die Situation für Öl- und Gasheizer deutlich verschärft. Haushalte, die mit Heizöl heizen, hatten 2012 die höchsten Kosten ever.

Die Verhältnisse sind in Österreich übrigens nicht unähnlich. Die Energiekosten steigen. Aber auch hier hat der Strom nur einen geringen Anteil. Und der Ökostrom-Zuschlag ist völlig vernachlässigbar. Die steigenden Kosten werden angetrieben von jenen Bereichen, die von fossiler Energie am meisten abhängig sind. Also Treibstoff und Raumwärme. Angesichts von über 700.000 Ölheizungen, die z.B. völlig unverständlicherweise im Energiepreismonitoring der Arbeiterkammer nicht erfasst sind, ist völlig klar, worüber man eigentlich diskutieren sollte, wenn man über den Preistreiber Energie spricht.

Es wird Zeit, dem teils irrationalen und weitgehend von Eigentinteressen beflügeltem Lobbyismus gegen die Energiewende im Strombereich etwas entgegen zu setzen. Z.B. klare Verhältnisse, wenn wir über Kosten reden.

Im übrigen bin ich der Meinung, dass Österreich auch einen Monitoringbericht zur Energiewende bräuchte, der von unabhängigen Fachexperten begleitet wird.